

# Leitlinien zur Einhaltung kartellrechtlicher Vorschriften

## ■ I. Grundsätze

Die Gemeinschaftsorganisationen der Stahlindustrie in Deutschland fördern und wahren die allgemeinen wirtschaftlichen bzw. technisch-wirtschaftlichen Interessen der Stahlindustrie unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft. Es liegt in der Natur der Verbandsarbeit, dass dort Vertreter von konkurrierenden Unternehmen zusammenkommen und sich über Themen und Erfahrungen von gemeinsamem Interesse sowie verbandliche Vorhaben austauschen. Dies ist grundsätzlich zulässig und erwünscht, weil Verbände Informationen und Interessen ihrer Mitglieder bündeln und die gemeinsamen Belange mit einer Stimme gegenüber der Öffentlichkeit, der Politik oder Behörden vertreten.

Die Tätigkeit der Gemeinschaftsorganisationen der Stahlindustrie darf indes nicht dazu führen, dass der Wettbewerb zwischen Stahlunternehmen oder zum Nachteil von deren Abnehmern oder Zulieferern eingeschränkt oder ausgeschlossen wird. Die Gemeinschaftsorganisationen setzen sich mit aller Kraft dafür ein, dass die von ihnen organisierten Sitzungen oder sonstigen Zusammenkünfte nicht zu sachfremden Zwecken genutzt werden, insbesondere nicht Gelegenheit zur Erörterung kartellrechtlich unzulässiger Themen geschaffen oder gefördert werden. An allen Verbandsveranstaltungen muss daher zwingend ein Mitarbeiter des Verbands teilnehmen, der gemeinsam mit allen Sitzungsteilnehmern auf die Einhaltung kartellrechtlicher Regeln achtet. Wettbewerbswidrige Handlungen sind mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden. Die Mitgliedsunternehmen unterstützen die Gemeinschaftsorganisationen in diesem Bemühen.

Die nachstehenden Leitlinien richten sich an alle an der Gemeinschaftsarbeit der Verbände der Stahlindustrie Beteiligten. Sie gelten für alle Veranstaltungen, seien es Gremiensitzungen oder andere Zusammenkünfte, und sonstige Aktivitäten des Verbands. Sie gelten ebenso für die Mitarbeit des Verbands in anderen nationalen oder internationalen Institutionen.

## ■ II. Pflichten und Verhalten von Verbandsmitarbeitern, Sitzungsteilnehmern und -leitern

Jeder Verbandsmitarbeiter, alle Teilnehmer an Gremiensitzungen bzw. sonstigen Zusammenkünften und insbesondere die Sitzungsleiter haben darauf zu achten, dass es im Rahmen oder anlässlich der Verbandsarbeit nicht zu Verstößen gegen kartellrechtliche Vorschriften kommt.

Der Verband lädt zu Gremiensitzungen schriftlich ein, schlägt eine detaillierte Tagesordnung vor und fertigt über die Sitzungen ein Protokoll an, das den wesentlichen Verlauf der Sitzung zutreffend wiedergibt.

Zu Beginn einer Sitzung weist der Sitzungsleiter oder der Verbandsmitarbeiter auf die Einhaltung der kartellrechtlichen Vorschriften hin. Sollte der Sitzungsleiter, ein Verbandsmitarbeiter oder sonstiger Teilnehmer feststellen, dass sich im Rahmen einer Sitzung ein Verstoß gegen kartellrechtliche Vorschriften anbahnt, hat er die Teilnehmer auf die Unzulässigkeit hinzuweisen und auf die Beendigung des kritischen Verhaltens hinzuwirken. Der Verbandsmitarbeiter hat unverzüglich die Rechtsabteilung zu informieren. Auch bei Zweifeln an der kartellrechtlichen Zulässigkeit sind die entsprechenden Arbeiten unverzüglich einzustellen und Rechtsrat bei der Rechtsabteilung einzuholen. Auf Wunsch eines Sitzungsteilnehmers wird die Rechtsabteilung nach Prüfung des Sachverhalts ggf. für die Teilnahme eines externen auf Kartellrecht spezialisierten Rechtsanwalts an der nächsten Sitzung sorgen.

Bei allen Äußerungen, seien sie schriftlicher oder mündlicher Art, ist darauf zu achten, dass sie nicht missverstanden werden können und nicht der Anschein der Behandlung kartellrechtlich unzulässiger Themen entstehen kann.

### ■ III. Übersicht über die kartellrechtlichen Vorschriften

Die für Verbände wichtigsten Vorschriften sind:

#### **Artikel 101 Absatz 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV):**

*„Mit dem Binnenmarkt unvereinbar und verboten sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, welche den Handel zwischen Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen geeignet sind und eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs innerhalb des Binnenmarkts bezwecken oder bewirken, insbesondere*

- a) die unmittelbare oder mittelbare Festsetzung der An- oder Verkaufspreise oder sonstiger Geschäftsbedingungen;*
- b) die Einschränkung oder Kontrolle der Erzeugung, des Absatzes, der technischen Entwicklung oder der Investitionen;*
- c) die Aufteilung der Märkte oder Versorgungsquellen;*
- d) die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern, wodurch diese im Wettbewerb benachteiligt werden;*
- e) die an den Abschluss von Verträgen geknüpfte Bedingung, dass die Vertragspartner zusätzliche Leistungen annehmen, die weder sachlich noch nach Handelsbrauch in Beziehung zum Vertragsgegenstand stehen.“*

#### **§ 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB):**

*„Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“*

Inhaltlich bestehen zwischen dem europäischen und dem deutschen Kartellrecht, jedenfalls soweit es die Tätigkeit von Verbänden betrifft, praktisch keine Unterschiede.

### ■ IV. Handlungen, die mit dem Kartellrecht nicht vereinbar sind

Aus den zuvor zitierten Vorschriften ist ersichtlich, dass Verstöße gegen das Kartellrecht in verschiedenen Formen begangen werden können. Neben ausdrücklichen Verträgen oder Vereinbarungen oder förmlichen Beschlüssen kommen kartellrechtlich verbotene Handlungen oft auch in der Form von abgestimmten Verhaltensweisen vor. Nach einer Definition des Europäischen Gerichtshofs fällt unter den Begriff einer abgestimmten Verhaltensweise jede Form der Koordinierung, die zwar nicht zum Abschluss eines Vertrages im eigentlichen Sinne gediehen ist, die aber bewusst eine praktische Zusammenarbeit an die Stelle des mit Risiken verbundenen Wettbewerbs treten lässt.

Auch ein Informationsaustausch kann als eine abgestimmte Verhaltensweise verboten sein, wenn Unternehmen sogenannte strategische Informationen bzw. sensible Daten austauschen. Für die Annahme eines Verstoßes durch eine abgestimmte Verhaltensweise kommt es nicht darauf an, ob mehrere Unternehmen sensible Informationen ausgetauscht haben oder lediglich ein Unternehmen das beabsichtigte Marktverhalten offenbart hat. Dies gilt auch für Situationen am Rande von Gremienveranstaltungen oder bei informellen Zusammenkünften. Die Schwelle zwischen (erlaubtem) autonomem und (verbotenem) abgestimmtem Parallelverhalten kann manchmal sehr niedrig sein.

Nachstehend werden (nicht abschließend) Beispiele von Verhaltensweisen, strategischen Informationen bzw. sensiblen Daten aufgeführt, die mit dem Kartellrecht nicht vereinbar sind:

## 1. Bei Verbänden:

- Beschlüsse von Verbänden, die deren Mitglieder in ihrem wettbewerblichen Verhalten ungerechtfertigt beschränken;
- Einseitige tatsächliche Handlungen eines Verbandes (z. B. Presseerklärungen) in wettbewerblich relevanten Bereichen, die als Beschluss des Verbandes ausgelegt werden können;
- Verbandsempfehlungen, die geeignet sind, das wettbewerbliche Verhalten der Mitglieder zu beeinflussen;
- Organisation von Marktinformationssystemen oder -statistiken, die Rückschlüsse auf das Marktverhalten einzelner Marktteilnehmer ermöglichen;
- Weitergabe von sensiblen, z.B. unternehmensindividuellen, Daten (u.a. Informationen über Preise, Preisbestandteile, Mengen, Kapazitäten, Lagerbestände und -reichweiten, Verkaufszahlen, Umsätze) an Mitgliedsunternehmen, an Dritte oder an die Öffentlichkeit;
- Erstellung von Kalkulationsschemata oder einzelner Kalkulationselemente, wenn sie zu einer Vereinheitlichung von Wettbewerbsparametern führen können;
- Lieferantenbewertungen, die zu einem gleichförmigen Nachfrageverhalten der Mitglieder führen können;
- Aufruf zu Boykottmaßnahmen, mit bestimmten Lieferanten oder Kunden keine Geschäfte zu machen;
- Organisation von Selbstverpflichtungen der Industrie, es sei denn, diese Selbstverpflichtungen sind zur Förderung eines höherrangigen Ziels (z. B. Umweltschutz, technischer oder wirtschaftlicher Fortschritt) im Einzelfall gerechtfertigt;
- Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedern, der zu einem gleichförmigen Marktverhalten führt oder dazu geeignet ist;
- Mitwirkung bei oder Ermöglichung oder Koordination jeglicher, insbesondere unter nachstehender Ziff. 2 aufgeführter Wettbewerbsverstöße von Unternehmen.

## 2. Zwischen Unternehmen:

- Vereinbarungen oder Abstimmungen über Preise (Listenpreise, Marktpreise, Mindestpreise, Angebotspreise, Preisanehebungen oder Preissenkungen, auch Preisbestandteile, Preiskalkulationen, Kosten und durchlaufende Posten) und andere preisrelevante Faktoren wie z. B. Preiszuschläge, Rabatte, Skonti oder sonstige Vertragsbedingungen wie z. B. Zahlungsbedingungen, Lieferfristen, Transportbedingungen, Gewährleistung und Garantien;
- Informationsaustausch über individuelle Marktdaten, sofern er sich auf Daten bezieht, die üblicherweise geheim gehalten werden, wie insbesondere Kapazitätsauslastung, Liefermengen, Angebote, Preise, preisrelevante Faktoren, Kosten, Lagerbestände, Lagerreichweiten, Verkaufszahlen und Umsätze, Kunden, Marktanteile, und der Informationsaustausch zeitnah erfolgt bzw. das künftige Marktverhalten beeinflussen kann;
- Benchmarking, wenn durch derartige Vergleiche von Wettbewerbern Rückschlüsse auf Preise oder sonstige Wettbewerbsparameter (z.B. Produktionsmenge, Produktqualität, Produktvielfalt und Innovation) möglich sind;
- Festlegung von Marktanteilen oder Quoten für Produktion oder Lieferungen;
- Aufteilung von Märkten (nach Regionen oder Produkten) oder Kunden;
- Absprachen über Kapazitäten, Investitionen oder Stilllegungen;
- Abstimmung von Herstellungsprogrammen (Spezialisierung);
- Absprachen über Produktions- oder Lieferbeschränkungen;
- Submissionsabsprachen (Abgabe von abgestimmten Angeboten im Rahmen von Ausschreibungen).

## ■ V. Folgen von Kartellverstößen

Seit dem Auslaufen des EGKS-Vertrags gelten das Kartellrecht des AEUV und das deutsche GWB uneingeschränkt auch für die Stahlindustrie. Mit dem Inkrafttreten der europäischen Kartellverordnung Nr. 1/2003 haben sich weitreichende Änderungen des Verfahrens-, aber auch des materiellen Rechts ergeben. Die Kartellbehörden verschärfen seit Jahren ständig ihre Praxis der Verfolgung von Wettbewerbsbeschränkungen und fördern die Aufdeckung von Kartellen durch sog. Kronzeugenregelungen. Die gegen Teilnehmer an Kartellen verhängten Geldbußen erreichen inzwischen häufig Größenordnungen im dreistelligen Millionenbereich. Ferner können durch ein Kartell geschädigte Wirtschaftsteilnehmer Schadensersatzforderungen erheben.

Neben der Durchsetzung durch die Europäische Kommission wird das europäische Kartellrecht auch dezentral durch die Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten angewendet. Dabei kann es auch zu parallelen Zuständigkeiten der Behörden mehrerer Mitgliedstaaten kommen, wenn ein Kartell sich in mehreren Mitgliedstaaten auswirkt. Das Verfahren, das die Mitgliedstaaten bei der Durchsetzung des europäischen Kartellrechts anwenden, richtet sich dabei nach dem jeweiligen nationalen Recht, das von Staat zu Staat sehr unterschiedlich ist. Die Behörden der Mitgliedstaaten dürfen auch Sanktionen nach ihrem eigenen Recht verhängen; in mehreren Mitgliedstaaten sind sogar Haftstrafen möglich. Auch die Kommission kann Bußgelder verhängen, bei Verstößen von Verbänden bis zu einer Höhe von 10 % des Gesamtumsatzes der auf dem von einer Zuwiderhandlung betroffenen Markt tätigen Mitglieder. Bei Zahlungsunfähigkeit des Verbandes haften dessen Mitglieder für die Zahlung der gegen den Verband verhängten Geldbuße.

## ■ VI. Grenzen zwischen verbotenen Kartellen und zulässiger Zusammenarbeit

Verbände erfüllen eine wichtige Funktion im wirtschaftlichen und politischen Raum. Die Grenze zwischen dem kartellrechtlich Verbotenen und der erlaubten Zusammenarbeit von Unternehmen in Verbänden ist nicht immer leicht zu erkennen. Das deutsche und europäische Recht sehen ausdrücklich vor, dass das Kartellverbot unter bestimmten Voraussetzungen nicht anwendbar sein kann. Die Beurteilung, ob diese Voraussetzungen vorliegen, liegt in der Verantwortung derjenigen Unternehmen oder Verbände, die die Ausnahmen in Anspruch nehmen wollen. In allen Fällen, in denen Mitarbeiter der Gemeinschaftsorganisationen der Stahlindustrie im Zweifel sind, ob sie sich bei ihrer Arbeit im Rahmen des kartellrechtlich Zulässigen halten, sollen sie unverzüglich die Rechtsabteilung der Wirtschaftsvereinigung Stahl konsultieren.

### **Wirtschaftsvereinigung Stahl Abteilung Recht Steuern Versicherungen**

Frau Schäfer                      Tel.: +49 211 6707-881  
Herr von Lieres                    Tel.: +49 211 6707-879

# Guidelines on Adherence to Cartel-Law Regulations

## ■ I. Principles

The associations of organisations of the steel industry in Germany promote and protect the general economic and technical/business interests of the steel industry taking account of the overall interests of the industrial sector. The nature of association work is such that representatives from competing undertakings get together and exchange information on topics and experiences of mutual interest and on association objectives. This is admissible and desirable in principle, because associations pool information and focus the interests of their members and represent the shared concerns with one voice vis-à-vis the public, politicians and authorities.

However, the work done by the joint organisations of the steel industry may not lead to a situation where competition between steel undertakings is restrained (or excluded) to the disadvantage of its customers or suppliers. The associations of organisations do everything in their power to ensure that the committee meetings or other get-togethers organised by them are not exploited for purposes alien to the association, in particular not to create or promote opportunities to discuss matters inadmissible under cartel law. For this reason, one employee of the association is obliged to attend all association events and must ensure jointly with all persons attending the meeting that cartel-law rules are adhered to. Anti-competitive acts must be prevented by all available means. Member undertakings support the associations of organisations in these endeavours.

The following Guidelines are aimed at all those who participate in the combined efforts of the steel-industry associations. They apply to all events, whether these are committee meetings or other get-togethers or other activities of the association. They apply equally to the involvement of the association in other national or international organisations.

## ■ II. Duties and conduct of association members, attendees and chairpersons of meetings

Every association member, all attendees at committee meetings or other get-togethers and the chairpersons especially must take great care to ensure that, in the course of or on the occasion of association work, no breaches of cartel-law provisions take place.

The association sends invitations to committee meetings in writing, proposes a detailed agenda and prepares minutes of the meeting that appropriately reflect the essential course of the meeting.

At the beginning of a meeting, the chairperson or association employee will remind the attendees that the meeting is held in compliance with the cartel-law regulations. If the meeting chairperson, an association member or other attendee should discover, during the course of the meeting, that a breach of cartel-law regulations is manifesting itself, that person must draw the attention of the other attendees to such inadmissibility and make efforts to end the critical conduct. The association member must inform the Legal Department without delay. Also in case of doubt as to admissibility under cartel law, the relevant work must cease without delay and legal advice must be obtained from the Legal Department. At the request of a meeting attendee the Legal Department, after examining the matter, will ensure – if necessary – the attendance at the next meeting of an external lawyer specialising in cartel law.

Care must be taken to ensure that all statements made, whether in writing or verbally, are not capable of being misunderstood and do not give the impression of dealing with matters inadmissible under cartel law.

### ■ III. Overview of cartel-law regulations

The most important provisions for associations are:

#### **Article 101(1) Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU):**

*“The following shall be prohibited as incompatible with the internal market: all agreements between undertakings, decisions by associations of undertakings and concerted practices which may affect trade between Member States and which have as their object or effect the prevention, restriction or distortion of competition within the internal market, and in particular those which:*

- a) directly or indirectly fix purchase or selling prices or any other trading conditions;*
- b) limit or control production, markets, technical development, or investment;*
- c) share markets or sources of supply;*
- d) apply dissimilar conditions to equivalent transactions with other trading parties, thereby placing them at a competitive disadvantage;*
- e) make the conclusion of contracts subject to acceptance by the other parties of supplementary obligations which, by their nature or according to commercial usage, have no connection with the subject of such contracts.”*

#### **Sec. 1 German Act against Restraints of Competition (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)):**

*“Agreements between competing undertakings, decisions by associations of undertakings and concerted practices which have as their object or effect the prevention, restriction or distortion of competition shall be prohibited.”*

There are practically no differences between European and German cartel law, at least as far as the activities of associations are concerned.

### ■ IV. Acts that are incompatible with cartel law

It can be seen from the previously cited provisions that breaches of cartel law can be committed in a variety of different ways. As well as express contracts or agreements or formal resolutions, acts prohibited by cartel law often take the form of concerted practices. According to a definition by the European Court of Justice, ‘concerted practices’ cover all forms of coordination that do not lead to the conclusion of a contract in the true sense, but which consciously allow practical cooperation to take the place of competition with its associated risks.

An exchange of information may also be prohibited as a concerted practice if companies exchange information or data which are strategic or sensitive. For the assumption of a breach by a concerted practice, it is not a matter of whether several companies have exchanged sensitive information or just one company has disclosed its intended market conduct. This applies also to situations on the sidelines of committee events or informal get-togethers. The boundary between (admissible) autonomous and (prohibited) concerted practices can sometimes be very narrow.

Examples (that are not exhaustive) of modes of conduct, strategic information and sensitive data which are not compatible with cartel law now follow:

## 1. For associations:

- Resolutions by associations that limit their members in their competitive behaviour to an unjustified extent;
- Unilateral acts by an association (e.g. press statements) in areas of relevance for competition that could be interpreted as being a resolution of that association;
- Association recommendations that are capable of influencing the competitive behaviour of the members;
- Organisation of market-information systems or statistics that allow conclusions to be drawn about the market behaviour of individual market operators;
- Forwarding of sensitive data, e.g. individual company data (including information on prices, components of prices, quantities, capacities, warehouse stocks and days of inventory, sales figures, sales) to member undertakings, third parties or the public;
- Issue of calculation schemes or individual elements of calculation, if they could lead to the uniformity of competition parameters;
- Supplier evaluations that could lead to uniform demand behaviour of the members;
- Calls for boycotts, i.e. not to do business with certain suppliers or customers;
- Organisation of self-commitments of the industry, unless such self-commitments are justified to serve a higher purpose in individual cases (e.g. environmental protection, technical or economic progress);
- Exchanges of experiences between members that lead to, or could lead to, uniform market behaviour;
- Cooperation in or permitting or coordinating all or any breaches of competition law by undertakings, including but not limited to the breaches listed in Article 2 below.

## 2. Between undertakings:

- Agreements or collusion on prices (list prices, market prices, minimum prices, bid prices, price rises or price reductions, also price components, price calculations, costs and transitory items) and other price-related factors like, for example, price surcharges, discounts, rebates or other contractual terms like, for example, terms of payment, delivery deadlines, transport conditions, warranties and guarantees;
- Exchange of information about individual market data if such data are normally kept secret, in particular, data such as capacity utilisation, delivery quantities, bids, prices, price-related factors, costs, warehouse stocks, days of inventory, delivery times, sales figures and sales, customers, market shares and such exchange of information occurs at a sensitive point in time or is able to influence future market behaviour;
- Benchmarking, if such comparisons allow conclusions to be drawn about prices or other competition parameters (e.g. production quantity, product quality, product variety and innovation);
- Fixing of market shares or quotas for production or deliveries;
- Division of markets (according to regions or products) or customers;
- Agreements on capacities, investments or closures;
- Coordination of manufacturing programmes (specialisation);
- Agreements on production or delivery restraints;
- Bid-submission agreements (submission of concerted bids as part of tenders).

## ■ V. Consequences of breaches of cartel law

Since expiry of the ECSC treaty, the cartel law of the TFEU and the German Act against Restraints of Competition (GWB) applies without restriction also to the steel industry. The coming into force of the European cartel regulation no. 1/2003 has led to extensive changes in procedural law but also in substantive law. Cartel authorities have become increasingly strict in prosecuting restraints on competition over the years and they encourage the exposure of cartels by leniency programmes. The fines imposed on members of cartels are meanwhile frequently reaching sums on a scale of hundreds of millions. Moreover, a market operator harmed by a cartel can bring claims for compensation for damages.

As well as enforcement by the European Commission, European cartel law has also been applied nationally by the competition authorities of the Member States. Authorities in other Member States may have simultaneous jurisdiction if a cartel operates in several Member States. The procedure applied by Member States to enforce European cartel law is determined by the relevant national law, which may differ to a very great extent from one Member State to another. The authorities of the Member States may also impose sanctions available under their own legal system; in several Member States, prison sentences are even possible. The Commission can also impose fines, in the event of breaches by associations, of up to 10% of the total turnover of the members operating on the market affected by the breach. In the event that the association is unable to pay, its members are liable for payment of the fine imposed on the association.

## ■ VI. Boundaries between prohibited cartels and admissible cooperation

Associations perform a vital role in the economic and political sphere. The boundaries between what is prohibited by cartel law and admissible cooperation between undertakings within associations are not always easily recognised. German and European Law makes express provision for certain circumstances in which the prohibition under cartel law cannot be applied. The assessment of whether these conditions are satisfied lies within the area of responsibility of the relevant undertaking or association wishing to take advantage of the exemptions. In all cases where employees of associations of organisations of the steel industry are unsure about whether they are acting within the boundaries of what is permitted by cartel law, they should consult the Legal Department of the German Steel Federation (Wirtschaftsvereinigung Stahl) without delay.

### **German Steel Federation (Wirtschaftsvereinigung Stahl) Department of Law, Tax and Insurance**

Ms Schäfer  
Mr von Lieres

Tel.: +49 (0)211 6707-881  
Tel.: +49 (0)211 6707-879